

Gedanken zur Umsetzung der Energiestrategie 2050

Vor drei Jahren haben sowohl die SP Stadt Solothurn wie auch die Kantonalpartei je einen Fachausschuss für Energiefragen eingesetzt. Die Partei bringt damit die grosse Bedeutung des Themas für ihre politische Tätigkeit zum Ausdruck und legt das Fundament für mehr fachliche Kompetenz in Energiefragen. Sie unterstützt die Energiestrategie 2050 des Bundes und fordert deren Umsetzung mit Vorbehalten bei fossil betriebenen Wärme-Kraft-Koppelungsanlagen und bei der Befreiung der Grossverbraucher vom Netzzuschlag.

Von Pius Flury, Mitglied der Altstadtkommission

Ausgangslage

Mit der Energiestrategie 2050 hat der Bund auch in der Schweiz die Energiewende hin zu einer nachhaltigen Energiezukunft eingeleitet und damit den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen. Aus Kreisen der Atomwirtschaft wird die Umsetzung dieser zukunftsfähigen Strategie immer lautstarker bekämpft. Heraufbeschworen werden eine Stromverknappung und eine massive Strompreiserhöhung. Diese Argumente sind nicht stichhaltig. Die SP Stadt Solothurn ist überzeugt, dass die Ziele der Energiestrategie des Bundes nicht nur sinnvoll, sondern auch umsetzbar sind.

Verantwortung der Kernkraftwerksbetreiber für die Nachsorgekosten

Voraussetzung für die Umsetzbarkeit der Energiestrategie 2050 ist, dass alle relevanten Akteure ihre Verantwortung für eine nachhaltige Zukunft wahrnehmen, mit Betonung auf alle und nicht nur auf die Verbraucherinnen und Verbraucher. Dazu gehört insbesondere auch die Verantwortung unserer Kernkraftwerksgesellschaften, genügend finanzielle Mittel für die sogenannten Nachsorgekosten, das heisst für Nachbetrieb, Stilllegung und Entsorgung nach dem Verursacherprinzip bereitzustellen. Diese gesetzlich vorgesehene Kostendeckung durch die Verursacher ist jedoch gefährdet, weil die Preise am Strommarkt gesunken sind und weil diese mit dem Vormarsch der erneuerbaren Energien weiter sinken werden. Am 18. Februar 2013 referierte alt Nationalrat Dr. Rudolf Rechsteiner an unserer Parteiversammlung zu den Konsequenzen der Strafanzeige gegen die Kernkraftwerke Gösgen und Leibstadt wegen Urkundenfälschung in ihrer Rechnungslegung zu den gesetzlich notwendigen Nachsorgekosten.

Energetische Sanierung des Gebäudebestandes notwendig

In der schweizerischen Energielandschaft nimmt der Gebäudepark eine Schlüsselrolle ein: 49% des Verbrauches fossiler Energieträger und 37% des elektrischen Energieverbrauches gehen auf die Nutzung unserer Gebäude zurück. Rund zwei Drittel sind über 30 Jahre alt und verbrauchen jährlich vier bis siebenmal mehr Energie als Neubauten. Im krassen Widerspruch steht die Sanierungsquote, die seit Jahrzehnten um 1% pro Jahr liegt. Grund dafür ist einerseits das mangelhafte Wissen privater Eigentümer, andererseits die wenig etablierte fachliche Beratung. Im Hinblick auf die in der Energiestrategie 2050 vorgesehene Erhöhung der Sanierungsquote ist von den Kantonen, in deren Verantwortung der Gebäudebereich liegt, ein klares Statement notwendig. Gefragt sind ein koordiniertes Vorgehen der Energiedirektorenkonferenz bei der Modernisierung des Gebäudebestandes, die fachliche Unterstützung Privater bei Sanierungsvorhaben sowie die Förderung der Aus- und Weiterbildung von Fachleuten im Energiebereich.

Was tut die SP Stadt Solothurn

Die SP der Stadt Solothurn unterstützt alle Massnahmen zur Umsetzung des Masterplans Energie auf städtischer Ebene. Insbesondere begrüsst sie den Ausbau des Fernwärmenetzes und fordert den Anschluss möglichst aller Gebäude, die in Stadtbesitz sind. Sie wünscht auf planerischer Ebene die Erarbeitung eines „Solarkatasters“ für die Stadt Solothurn mit dem Ziel, Bewilligungsverfahren für Solaranlagen zu vereinfachen und zu beschleunigen.

Reaktionen an: spstadtso@gmail.com

Mehr unter: www.spstadtso.ch

P.S. Prioritäres Ziel ist: 100 Prozent saubere Energie, keine Umweltbelastung mehr. Das heisst Kernkraftwerke schliessen, Öl und Gas ersetzen, investieren in Sonnen-, Wind- und Wasserenergie.